

Antrag A10: Demokratie verteidigen – AfD in den Kommunen verhindern

Antragsteller*in:	Doris Mair (W · KV Prignitz), Ronny Kretschmer (M · KV Ostprignitz-Ruppin), Anton Wiezorek (M · KV Oberhavel), Aaron Birnbaum (M · KV Elbe-Elster), Gerlinde Krahnert, Daniel Jacobi (M · KV Ostprignitz-Ruppin), Candy Boldt-Händel (M · LAG), Anja Mayer, Julia Köppe, Mario Stärck, Jürgen Schubert (M · KV Ostprignitz-Ruppin), Hans-Joachim Müller, Paul Schölzel, André Fittkau, Marita Köhn, Leander Borgmann, Doris Hauschild, Hannes Schurbaum, Holger Kippenhahn, Monika Goetzke (W · KV Elbe-Elster), Felix Thier (M · KV Teltow-Fläming), Kirsten Tackmann (W · KV Ostprignitz-Ruppin), Wolfgang Ackermann (M · LAG), Margitta Mächtig, Gerrit Große (W · LAG), Thomas Domres (M · KV Prignitz), Konstantin Bender, Peter Hacke (M · LAG), Marco Beckendorf, Sina Schurbaum, Christian Görke (M · KV Havelland), Andreas Büttner (M · KV Uckermark), Thomas Sohn, Ingrid Stahl, Eberhard Plaumann, Lutz Kupitz, Sybille Wallat-Schwarz, Fabian Streich (M · KV Havelland), Uta Sändig, Jörg Schönberg (M · KV Havelland), Thomas Lotsch, Meli Liebscher, Lars Zitterbart, Sylvia Zienecke (W · KV Ostprignitz-Ruppin), LAG Queer
Status:	angenommen

- 1 Die Gleichwertigkeit aller Menschen und der Schutz ihrer unveräußerlichen
- 2 Menschenrechte sind nicht nur zentrale Prinzipien unserer Demokratie,
- 3 sondern zugleich unverzichtbare Leitlinien für Die Linke – in Brandenburg,
- 4 in ganz Deutschland und darüber hinaus. Sie bilden das Fundament, auf dem
- 5 wir aus der Erkenntnis der Verbrechen des Faschismus die
- 6 unmissverständliche Verpflichtung ableiten: Nie wieder dürfen Menschen
- 7 andere als minderwertig erklären und töten.
- 8 Doch ein neuer Faschismus sickert seit Jahren schleichend in unser
- 9 gesellschaftliches Bewusstsein – getragen von der Neuen Rechten und der
- 10 AfD. Sie betreiben einen gezielten Kampf gegen diese egalitäre Politik,
- 11 indem sie Begriffe wie „Gleichheit“ und „Solidarität“ umdeuten und für
- 12 antidemokratische Zwecke instrumentalisieren. Um dieser antiegalitären
- 13 Politik wirksam entgegenzutreten, bedarf es der vereinten Anstrengung
- 14 aller demokratischen Kräfte. Es geht nicht um Nuancen politischer
- 15 Debatten, sondern um unverhandelbare Werte – um das Leben an sich. Wer die
- 16 ausgrenzende Rhetorik und das antisoziale Handeln rechter Kräfte nicht
- 17 erkennt, riskiert Mitschuld am Wiederaufstehen jener Politik, die im 20.
- 18 Jahrhundert zur millionenfachen Katastrophe führte.

Der Schwur von Buchenwald mahnt uns zur Tat: Gerade jetzt, da Umfragen AfD-Anteile von über 40 Prozent signalisieren. Unmittelbar vor den zahlreichen kommunalen Wahlen in Brandenburg dürfen wir nicht abwarten. Die AfD drängt längst in Rathäuser, Landratsämter und kommunale Verwaltungen vor. Schon jetzt erreichen sie mit Anträgen und Initiativen Mehrheiten und bestimmen so den politischen Diskurs. Landrätinnen und Bürgermeisterinnen mit AfD-Hintergrund wären keine neutralen Verwaltungschef:innen, sondern Speerspitzen einer Bewegung, die systematisch die egalitären Grundwerte unserer Gesellschaft aushebeln würden. Sie entscheiden über Haushaltsmittel für Integrationsprojekte, fördern oder blockieren demokratische Jugendarbeit und prägen durch ihre Amtsführung das vorstellbar „Sagbare“ und „Machbare“.

Deshalb ist es unsere unbedingte Pflicht als Linke, die Eroberung kommunaler Spitzenämter durch die AfD zu verhindern. Dazu unterbreiten wir als antifaschistische Kraft ein eigenes personelles Angebot wo immer es möglich ist und werben dafür um Verbündete. Wo uns dieses eigene Angebot fehlt, müssen wir mit jeder demokratischen, jeder antifaschistischen Kandidatin die Verständigung suchen und sie gegebenenfalls unterstützen - auch wenn sie nicht aus unseren Reihen stammt. Diese Unterstützung darf jedoch niemals rein taktischer Natur sein, sondern muss auf klaren politischen Inhalten und gemeinsamen Grundsätzen beruhen. Die Unterstützung soll an die Übereinstimmung in grundlegenden politischen Zielen - etwa Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und Demokratieförderung - gebunden werden. Mit den zu unterstützenden Kandidatinnen sollen verbindliche politische Vereinbarungen getroffen werden, die zentrale gemeinsame Handlungsfelder und Werte festhalten sowie Rahmenbedingungen für ein gemeinsames politisches Agieren nach einem Wahlerfolg definieren.

Wir müssen mit Gleichgesinnten Bündnisse schmieden - wie es bereits im Landkreis Elbe-Elster für einen Landratskandidaten und in Wustermark für einen Bürgermeisterkandidaten gelungen ist. So wie dort, werben wir für gemeinsame Wahlempfehlungen und Bündnisse um unsere Kandidat:innen. Wo uns dies nicht möglich ist, und demokratische Kandidat:innen - auch aus anderen demokratischen Parteien oder aus zivilgesellschaftlichen Initiativen - realistische Chancen haben, AfD-Erfolge zu verhindern, werden wir sie aktiv unterstützen, sofern die genannten inhaltlichen Übereinkünfte gegeben sind. Damit stellen wir unsere Ressourcen gezielt in den Dienst der Verteidigung der Demokratie vor Ort.

- 58 Daher fordert der Landesparteitag den Landesvorstand auf, folgende
59 Maßnahmen zur Unterstützung für die kommunalen Wahlen 2026 zu ergreifen:
- 60 1. Der Landesvorstand nimmt umgehend Kontakt zu den entsprechenden
61 Kreisverbänden auf, verschafft sich gemeinsam mit den Kreisvorständen und
62 unseren kommunalen Vertreter:innen ein Lagebild und hält dies auf
63 aktuellem Stand.
 - 64 2. Gemeinsam mit den Genoss:innen vor Ort identifiziert der Landesvorstand
65 frühzeitig Unterstützungsbedarfe. Er unterstützt die Kreisverbände bei der
66 Kontaktaufnahme zu allen demokratischen Akteur:innen und bei der
67 Entwicklung eines tragfähigen strategischen Ansatzes.
 - 68 3. Der Landesvorstand mobilisiert die Mitglieder und uns gewogene Personen
69 zur aktiven Unterstützung demokratischer Kandidat:innen. Nach den für den
70 Landeswahlfonds geltenden Maßgaben stellt er auch für Bündniskandidaturen
71 finanzielle Mittel bereit.

Begründung

erfolgt mündlich